

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer: 25 241.
Jahr für Nachgelagerte: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Januar 1925 bei 13gl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark. Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 33 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamazeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Überlieferung 10 Pfg. Ausw. Zusätze gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neppach & Reichardt in Dresden.
Poltschek-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Dr. Marx' letzter Appell an die Parteien.

Es wird allgemein mit der Bildung eines überparteilichen Beamtenkabinetts gerechnet. Die Volkshasternote wegen Kölns wird am Dienstag überreicht werden. - Die Regelung der französisch-amerikanischen Schulden.

Ein Geschäftsministerium als Uebergang für die Bürgerkoalition.

Ausführliches Verhandeln mit den Fraktionen.
Berlin, 3. Jan. Dem Wunsch des Reichspräsidenten entsprechend wird sich der Reichstagspräsident heute nochmals mit den Führern der Reichstagsfraktionen wegen der Regierungsbildung in Verbindung setzen. Er wird nachher die Führer der bisherigen Regierungsparteien, dann die Führer der Deutschnationalen und am Nachmittag die der Sozialdemokraten empfangen. Da jedoch die Fraktionen noch nicht verammelt waren, und auch schwerlich anzunehmen ist, daß sich am Standpunkt der einzelnen Fraktionen etwas ändert, so rechnet man auch in parlamentarischen Kreisen im wesentlichen damit, daß diesem Schritt des Reichspräsidenten und des Reichstagspräsidenten ein mehr platonischer Wert zukommt, und daß der Kanzler dann wohl doch auf die Bildung einer sogenannten überparteilichen Regierung hinsteuern dürfte. In völksparteilichen Kreisen vertritt man nach wie vor die Meinung, daß auch eine derartige überparteiliche Regierung Persönlichkeiten aus dem deutschnationalen Lager enthalten müßte und daß sie nur

als Uebergang zu einer späteren Koalition der bürgerlichen Parteien unter völliger Ausschließung der Klassenkampfparteien angesehen werden könne.

Auch in den Berliner politischen Kreisen glaubt man kaum, daß diese nochmalige Befragung der Fraktionen zu irgendeinem brauchbaren Ergebnis führt. Die Bildung der großen Koalition ist nach der Zielsetzung der Deutschen Volkspartei unmöglich. Die Bildung einer bürgerlichen Regierung von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen würde daran scheitern, daß die Demokraten kaum gewillt wären, von der Stellung abzugeben, auf der ihr Wahlsieg im wesentlichen beruht. Andererseits habe wiederum das Zentrum erklärt, daß es ohne die Demokraten nicht in eine bürgerliche Regierung eintreten wolle. Im übrigen habe sich schon oft gezeigt, daß Kabinette, die nicht parlamentarisch gebildet seien, gerade eine lange Lebensdauer haben könnten. Eine beschleunigte Lösung der Regierungsaufgabe sei jedenfalls unbedingt geboten.

Der Reichsratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten tritt heute zu einer Sitzung zusammen, um einen Bericht des Außenministers über die politische Lage entgegenzunehmen.

Keine Mehrheitsregierung aus Zentrum, Volkspartei und Demokraten.

Berlin, 3. Januar. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichstagspräsident hat heute vormittag die in Aussicht genommene Ansprache mit den Führern der Reichstagsfraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten. Der Verlauf der eingehenden Besprechungen ergab, daß die drei Fraktionen bei den von ihnen aus Anlaß der Regierungsbildung gelassenen Beschlüssen beharren und somit die Möglichkeit der Bildung einer Mehrheitsregierung nicht gegeben ist. Das Zentrum

lehnt eine einseitige Koalition nach rechts, für die die Volkspartei eintritt, ab. Die Demokraten wollen nur eine Koalition nach links.

An der Besprechung nahmen teil vom Zentrum Spahn, Stiergerwald und Feder-Arnberg, von der Volkspartei Zulp, Curtius und v. Brunningshaus, von den Demokraten Koch, Ertel und v. Dornburg, und von der Regierung außer dem Reichstagspräsidenten die Minister Dr. Stresemann, Graf Sauty, Marx und Stamm. - Die Meldung, daß Minister Stamm in Verhandlungen wegen Uebernahme eines anderen Postens eingetreten sei, wird demontiert.

Sitzung des auswärtigen Reichsratsausschusses.
Berlin, 3. Jan. Der auswärtige Ausschuss des Reichsrats trat heute mittag um 12 Uhr im auswärtigen Amt zusammen. Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann nahm sofort das Wort zu eingehenden Darlegungen. - Der auswärtige Ausschuss des Reichstages ist noch nicht einberufen worden.

Eine zweite Note über die Entwaffnungsfrage.

(Durch Funkdruck)
Paris, 3. Jan. Dasas meldet aus Brüssel: Bei Ueberreichung der Note an die deutsche Regierung, in der die Nachräumung der Kölner Zone am 10. Januar notifiziert wird, werden die alliierten Regierungen der deutschen Regierung gleichzeitig zu wissen geben, daß sie später, nach Eingang der allgemeinen Berichte der Kontrollkommission, eine zweite Note über die Entwaffnungsfrage an Deutschland überreichen werden. (A. F. Z.)

Wann erfolgt die Ueberreichung der Volkshasternote?

(Drahtmeldung aus der Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 3. Jan. Bis zur Stunde sind bei der Reichsregierung Besuche der Ententebotschafter, die der Ueberreichung der gestern angekündigten Kollektivenote über die Kölner Zone dienen sollen, nicht angekündigt worden. Nach Pariser Meldungen ist dieser Schritt auch voranschreitend erst im Laufe des Dienstags vor mittag zu erwarten. An hiesigen unterrichteten Stellen nimmt man an, daß sich das Schriftstück zunächst auf eine knappe Notifizierung des Reichstages beschränken wird, daß bis zum Eintreffen des Schlussberichts der Interalliierten Militärkontrollkommission die vertraulich vorzulegende Mänuung der ersten Rheinlandzone nicht durchzuführen sei, wobei auf die behaupteten deutschen Verhöre nur summarisch und andeutungsweise eingegangen werden dürfte.

Die nächste Sitzung der Volkshasternote.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Basel, 3. Jan. Die „Basler Nachrichten“ telegraphieren aus Paris: Die Volkshasternote-Konferenz hält ihre nächste Sitzung am 9. Januar ab. Sie wird sich alsdann mit dem inzwischen eingegangenen vierten Teilbericht der internationalen Militärkontrollkommission befassen, in der auch diesmal eine Anzahl Verhöre Deutschlands festgestellt worden sind.

Die Kreditgeschäfte der Preussischen Staatsbank.

Der große Korruptionsfall, bei dem Antister und Genossen, der Barmafongern, die mehr als fragwürdigen Kreditgeschäfte der Preussischen Staatsbank, auch Seehandlung genannt, und die Verfehlungen hoher Beamter sich zu einem trüben Hilde moderner „unbegrenzter Möglichkeiten“ in Deutschland vereinigen ist nicht ein sensationeller gewöhnlicher Art, der von dem Strom der Tagesereignisse mitgerissen wird und rasch der allgemeinen Aufmerksamkeit entwindet. Er greift so tief in das finanzielle und wirtschaftliche Leben ein und berührt das besonders empfindliche Gebiet der amtlichen Moral und Gewissenhaftigkeit in so bedenklicher Weise, daß die Öffentlichkeit sich voranschreitend sehr lange mit dieser ählichen Affäre beschäftigen und nicht eher ruhen wird, bis die Untersuchung über alles, was der „gewöhnliche“, nicht auf der „Höhe“ solcher „finanziellen Großzügigkeit“ wandelnde Staatsbürger mit Recht zu wissen verlangen darf, volle Klarheit verbreitet hat. Soweit die Antister- und Barmafongere in Frage kommen, ist der Fall an dieser Stelle bereits gewürdigt worden. In der neuesten Entwicklung sind aber besonders die Verhältnisse bei der Preussischen Staatsbank in den Vordergrund getreten, ohne deren Mitwirkung die Kamme nicht zu solcher Tiefenstärke hätte anschwellen können. Es wird daher eine wesentliche Aufgabe der Untersuchung sein, festzustellen, welche Rolle die Preussische Staatsbank in dem Rattenkönig von unübersichtlichen Finanzgeschäften gespielt hat, die hoch auf den Stufen der Millionenleiter emporklimmen, aber schließlich nicht in den Himmel der erhofften finanziellen Seligkeit, sondern in das Chaos eines großen Zusammenbruchs führten. Die Seehandlung wurde vor 150 Jahren von Friedrich dem Großen zu dem Zwecke gegründet, um dem preussischen Staate Aufschluß an den überseeischen Handel zu verschaffen; daher der Name. Später nahm das Finanzministerium den Namen Preussische Staatsbank an und entwickelte sich in einer Weise, die ihm den Ruf einer besonders vornehmen und zuverlässigen Geschäftsgesellschaft verschaffte, so daß die Beamten der Bank, die vorwiegend die Gelder des preussischen Staates verwalteten, in der Bureaufraße des alten Regimes eine herausgehobene Stellung einnahmen. Um so peinlicher ist jetzt das Befremden darüber, daß gegen leitende Mitglieder dieser Beamtenenschaft, die früher eine Elite bildete, so schwerwiegende Anklagen erhoben werden, wie sie mit der Aufdeckung des Antister-Barmafongere verbunden sind.

Es läßt sich schon nach den bisherigen Feststellungen nicht bezweifeln, daß die Nachenschaften Antisters und der Barmafongere nur möglich waren mit Hilfe höherer Beamter der Preussischen Staatsbank. Das ist das Schlimmste und Betrübenste an allen den unsauberen Enthüllungen, die sich in diesen Tagen überfüllen. Die alte preussische Beamten-tradition, die in der Verwaltung der Preussischen Staatsbank eine vorbildliche Verkörperung besaß, hat einen schweren Stoß erlitten. Was das bedeutet, was damit an Treue und Glauben erschüttert und zerstört worden ist, ist unermeßlich. Das zeigt in einer, man möchte sagen, fast drastischen Weise eine Auslassung der „Frankf. Ztg.“, die unmittelbar vor der Veröffentlichung des Ministerialdirektors Kautz schrieb, dieser hohe Beamte sei in den Barmafongern als „Ueberwachungsorgan“ eingetreten, um seine „Soliditätsgarantien“, die ihm von seiner Tätigkeit bei der Preussischen Staatsbank her im Munde lägen“, im Konzern zur Geltung zu bringen und diesen von der Börsenspekulation auf das industrielle Gebiet hinzulenken. Und gleich darauf wurde der so gerühmte Beamte, dem eigentlich die „Soliditätsgarantien“ im Munde liegen müßten, wegen Vorkaufleistung einer leichtfertigen Kreditgewährung durch die Preussische Staatsbank verurteilt! Noch andere leitende Beamte der Preussischen Staatsbank sind in die Sache verwickelt. Man fragt sich vor allem, wie es möglich war, daß Elemente vom Schlage Antisters und Genossen, die früher überhaupt nicht in das Vorzimmer irgendeiner führenden und verantwortlichen Persönlichkeit hineingelassen worden wären, jetzt in so enge Verbindung mit maßgebenden Stellen treten konnten, daß ihnen anstandslos Kredite bis zur Gesamthöhe von 45 Millionen Goldmark - soviel ist einzuweisen von der Preussischen Staatsbank selbst zugewiesen worden - bewilligt wurden. Und das geschah in einer Zeit drückendster Kreditnot, als solide industrielle Unternehmungen ihre Betriebe einschränken oder ganz still legen mußten, weil sie die angeforderten Kredite nicht erhalten konnten! Die Untersuchung wird Aufschluß darüber zu geben haben, welche intimen Verhältnisse hier mitwirkten, ob und wieviel von einer mittelbaren oder unmittelbaren Bestechung die Rede sein kann. Es bedarf der „Aufklärung“, wie Dr. Kühle für einen einfachen Schiedspruch unter der Billigung des Reichspräsidenten 32 000 Goldmark erhalten konnte. Volles Licht muß auch über die Zwecke verbreitet werden, die Antister und die Barmafongere mit den Millionenkrediten verfolgt haben, sowie über die Gewinne, die ihnen dabei in den Schoß gefallen sind. Sehr erwünscht und notwendig ist auch,

Deutsche Repressalien gegenüber Frankreich?

Wirtschaftliche Gegenmaßnahmen gegen Frankreich. Direkte Besprechungen zwischen Berlin und London.

Basel, 3. Jan. Wie der Berliner Korrespondent der „Basler Nationalzeitung“ erzählt, habe die deutsche Regierung wirtschaftliche Gegenmaßnahmen gegen Frankreich beschlossen, falls die Entente Verhandlungen über das Entwaffnungsproblem ablehnen sollte. Das Pariser „Echo“ meldet aus London: Der deutsche Vorkaufser in London übergab Chamberlain am Mittwoch ein Exposé über die politische Lage in Deutschland und über die eventuellen Rückwirkungen der letzten Vorgänge auf die auswärtige Politik des Reiches.

Rotterdam, 3. Jan. Das englische Kabinett hat, unabhängig von der Volkshasternote, beschlossen, der deutschen Regierung das Ersuchen nach direkten Besprechungen über die schwebenden Materien der Befreiungsfrage anzusprechen. Die „Morningpost“ erzählt, daß Chamberlain noch vor Wochenende dem deutschen Vorkaufser persönlich den Wunsch des britischen Kabinetts übermitteln will.

Die niederrheinische Wirtschaft und die Nachräumung Kölns.

Duisburg, 3. Jan. Die niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Beuel hat gelegentlich ihrer ersten Vollversammlung im neuen Jahre einstimmig folgende Entschliessung gefaßt und sie dem Reichstagspräsidenten, dem Reichsaussenminister, dem Reichsinnenminister und dem Minister für die besetzten Gebiete zugesandt:

Die niederrheinische Industrie- und Handelskammer hat im Juli v. J. dem Abschluß eines Abkommens auf Grund des Dawes-Planens trotz schwerer Bedenken wegen der damit verbundenen ungeheuerlichen Kosten für die deutsche Wirtschaft zugestimmt, weil sie darin den Weg zur politischen und wirtschaftlichen Freiheit sah. Voraussetzung dabei war die unbedingte Einhaltung der vertraglich festgelegten Räumungsfrist von der Gegenseite. Nach der Eigenart ihres Bezirks liegt der Kammer ganz besonders die Wiederherstellung normaler Beziehungen auch zu den früheren Gegnern am Herzen. Mit doppelt tiefem Bedauern haben wir nun Kenntnis genommen von den Vorgängen der letzten Wochen, die die Räumung der ersten nördlichen Zone, die auch einen Teil des Kammergebietes umfaßt, bedroht erscheinen lassen.

Wir haben Verpflichtungen übernommen und verlangen dafür unser Recht.

Der bevorstehende Protest der Reichsregierung.

Berlin, 3. Jan. Die Reichsregierung wird nach dem Eintreffen der Mitteilung der alliierten Befehlsmächte gegen die Entschliessung der Volkshasternote in nachdrücklichster Weise protestieren. Wie wir erfahren, ist man sich in den Kreisen des Reichskabinetts schon jetzt über Form und Inhalt des in Aussicht genommenen Protestes vollkommen klar. Die deutsche diplomatische Aktion wird daher schon unmittelbar im Anschluß an die Ueberreichung der alliierten Note erfolgen.